

1. Allgemeine Bestimmungen

- 1.1 Nachfolgende Allgemeine Verkaufsbedingungen gelten gegenüber Kaufleuten, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen ("Besteller") für alle Lieferungen und/oder (Dienst-) Leistungen (im Folgenden jeweils auch "Lieferungen") der Airbus Secure Land Communications GmbH ("Auftragnehmer") ausschließlich, soweit sich nicht etwas anderes aus dem Angebot oder der Auftragsbestätigung des Auftragnehmers ergibt.
- 1.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bestellers werden nicht anerkannt, es sei denn, der Auftragnehmer stimmt ihrer Geltung ausdrücklich zu. Die Allgemeinen Verkaufsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann, wenn der Auftragnehmer in Kenntnis entgegenstehender und/oder von diesen Allgemeinen Verkaufsbedingungen abweichender Bedingungen die Lieferung vorbehaltlos ausführt.
- 1.3 Teillieferungen des Auftragnehmers sind zulässig, soweit sie dem Besteller zumutbar sind.
- 1.4 Der Besteller erhält das nicht ausschließliche Recht, die Lieferungen im Rahmen des bestimmungsgemäßen Gebrauchs zu dem vertraglich vereinbarten Zweck zu nutzen. Dies gilt auch für Software.

2. Vertragsschluss

- 2.1 Angebote des Auftragnehmers erfolgen freibleibend und stellen die Aufforderung an den Besteller dar, dem Auftragnehmer einen Auftrag zu erteilen.
- 2.2 Ein Auftrag des Bestellers ist ein bindendes Angebot, das der Auftragnehmer binnen vier Wochen nach Eingang durch schriftliche Auftragsbestätigung annehmen kann. Der Vertrag kommt mit Zugang dieser Auftragsbestätigung bei dem Besteller zustande.
- 2.3 Art und Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Lieferungen, z.B. der herzustellenden Werke und/oder der zu liefernden Waren und/oder der zu erbringenden Leistungen bestimmen sich nach der Auftragsbestätigung und etwaigen damit verbundenen technischen Spezifikationen.
- 2.4 Soweit keine abweichende Regelung getroffen wird, gelten für die Auslegung der handelsüblichen Begriffe die INCOTERMS[®] 2010 einschließlich der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Ergänzungen.

3. Dokumentation

- 3.1 Vom Auftragnehmer dem Besteller vor Vertragsschluss übergebene oder zugänglich gemachte Unterlagen wie Abbildungen, Zeichnungen, Gewichts- und Maßangaben, Kalkulationen, etc. werden nicht Vertragsbestandteil, soweit sie nicht in der Auftragsbestätigung vom Auftragnehmer ausdrücklich in den Vertrag einbezogen werden. Der Auftragnehmer behält sich auch nach diesem Zeitpunkt Änderungen des den Lieferungen zugrunde liegenden technischen Konzeptes vor, sofern dadurch das vertraglich vorge-

sehene Qualitäts- und Anforderungsprofil der Lieferungen nicht beeinträchtigt wird.

- 3.2 Sämtliche Unterlagen verbleiben auch im Falle der Übergabe an den Besteller im alleinigen Eigentum des Auftragnehmers. Sie sind vertraulich zu behandeln und dürfen ohne schriftliche Zustimmung des Auftragnehmers Dritten nicht zugänglich gemacht werden oder vom Besteller für sich oder für Dritte verwertet werden und begründen keine weiteren Nutzungsrechte als für den Vertragszweck vorgesehen. Sie sind auf Verlangen an den Auftragnehmer zurückzugeben.

4. Preise

- 4.1 Die Preise des Auftragnehmers ergeben sich aus der Auftragsbestätigung gemäß Ziffer 2.2 und gelten frei Haus. Sie verstehen sich zuzüglich der geltenden gesetzlichen Mehrwertsteuer. Sofern nicht anders vereinbart übernimmt der Besteller neben der vereinbarten Vergütung alle erforderlichen Nebenkosten wie z.B. Spesen und Reisekosten, nach Aufwand. Dies gilt insbesondere, wenn der Auftragnehmer die Aufstellung oder Montage übernommen hat.
- 4.2 Soweit nicht anders vereinbart gilt Ziffer 4.1 auch für Auslandslieferungen.
- 4.3 Zölle, Konsulatsgebühren und sonstige aufgrund ausländischer Vorschriften erhobene Steuern, Abgaben, Gebühren, etc. sowie damit im Zusammenhang stehende Kosten sind vom Besteller zu tragen.
- 4.4 Der Auftragnehmer sorgt für die Einhaltung ausländischer Verpackungs-, Verwiegungs- und Zollvorschriften; der Besteller ist im Rahmen seiner Mitwirkungspflichten für rechtzeitig genaue Angaben diesbezüglich in Schriftform verantwortlich. Führt eine mangelhafte Mitwirkung des Bestellers zu Mehrkosten, so gehen diese zu Lasten des Bestellers.
- 4.5 Liegt zwischen dem Vertragsschluss und den Lieferungen ein Zeitraum von mehr als vier Monaten und erhöhen sich während dieser Zeit auf Seiten des Auftragnehmers die Kostenfaktoren für die Herstellung und/oder Erbringung der Lieferungen (insbesondere infolge von Tarifabschlüssen, Lohnerhöhungen und Materialpreisanhebungen), ist der Auftragnehmer berechtigt, die daraus resultierenden erhöhten Preise gegenüber dem Besteller geltend zu machen. Gleiches gilt, wenn ungeachtet der vier Monatsfrist die Verschiebung des Liefertermins nicht vom Auftragnehmer zu vertreten ist und sich während dieser Verschiebung auf Seiten des Auftragnehmers die Kostenfaktoren erhöhen.

- 4.6 Liegt der Bestellwert hinsichtlich Infrastrukturprodukten unter EUR 250,00 bzw. hinsichtlich Ersatzteilen unter EUR 150,00, so ist durch den Besteller eine zusätzliche Bearbeitungsgebühr in Höhe von EUR 50,00 für die jeweilige Bestellung zu entrichten.

5. Zahlungsbedingungen

- 5.1** Alle Zahlungen sind vom Besteller entsprechend den in der jeweiligen Rechnung festgelegten Zahlungszielen ohne jeden Abzug in Euro zu leisten.
- 5.2** Sofern nichts anderes gemäß Ziffer 2 vereinbart wird, gelten folgende Fälligkeiten:
- 5.2.1** bei Leistungen:
- für wiederkehrende Leistungen wie z.B. Hotline, vorbeugende Wartung, etc.: nach Rechnungsstellung.
 - für Einmal-Leistungen wie z.B. Training, fehlerbezogene Inspektion, etc.: nach Leistungserbringung.
- 5.2.2** bei Lieferungen:
- bei Geschäften mit einem Bestellwert bis zu 50.000,- Euro:
bei Ablieferung.
 - bei Geschäften mit einem Bestellwert über 50.000,- Euro und einer Lieferfrist bis zu 3 Monaten:
1/3 des Bestellwertes bei Vertragsschluss, der Rest bei Ablieferung.
 - bei Geschäften mit einem Bestellwert über 50.000,- Euro und einer Lieferfrist von mehr als 3 Monaten:
30 % des Bestellwertes bei Vertragsschluss,
30 % des Bestellwertes nach Ablauf des ersten Drittels der vereinbarten Lieferfrist,
30 % des Bestellwertes nach Ablauf des zweiten Drittels der vereinbarten Lieferfrist,
10 % des Bestellwertes bei Ablieferung.
 - Soweit die Lieferungen eine Aufstellung oder Montage eines Werkes sowie dessen Abnahme umfassen, gelten die vorgenannten Regelungen a) – c) mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Ablieferung die Abnahme tritt.
- 5.2.3** Verzögert sich die Lieferung aus vom Besteller zu vertretenden Gründen, so gilt die Lieferung mit der Anzeige der Versandbereitschaft als erfolgt.
- 5.3** Ist aus einem Land, aus dem die Zahlung zu erfolgen hat, ein Transfer der Zahlungen im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht möglich, so hat der Besteller den Gegenwert des geschuldeten Betrages termingemäß bei einer für den Auftragnehmer akzeptablen Bank in diesem Land zugunsten des Auftragnehmers einzuzahlen. Sofern der Besteller den geschuldeten Betrag nicht in Euro eingezahlt hat und es bis zum Transfer der Zahlungen zu einer Kursverschlechterung kommt, hat der Besteller eine entsprechende Nachzahlung zu leisten. Die Einzahlung auf dem ausländischen Konto hat unwiderruflich zu erfolgen.
- 5.4** Zahlungsfristen gelten als eingehalten, wenn der Kaufpreis innerhalb der vereinbarten Frist beim Auftragnehmer eingegangen ist und der Auftragnehmer über den Betrag verfügen kann.
- 5.5** Kommt der Besteller in Zahlungsverzug, ist der Auftragnehmer berechtigt, Verzugszinsen p.a. in Höhe von 9 %-Punkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz zu fordern. Der Auftragnehmer ist darüber hinaus berechtigt, aus einem anderen Rechtsgrund höhere Zinsen zu verlangen und/oder einen weiteren Schaden geltend zu machen.
- 5.6** Der Besteller ist nicht berechtigt, mit Gegenansprüchen aufzurechnen, es sei denn, dass die Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
- 5.7** Wenn nach Abschluss des Vertrages in den Vermögensverhältnissen des Bestellers eine wesentliche Verschlechterung eintritt oder dem Auftragnehmer Umstände bekannt werden, durch die der Anspruch auf die Vergütung gefährdet wird, ist der Auftragnehmer berechtigt, die Erfüllung eigener Leistungsverpflichtungen aus dem Vertrag zu verweigern, bis der Besteller seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag erfüllt oder für sie Sicherheit geleistet hat.
- 5.8** Der Auftragnehmer kann vorbehaltlich Ziffer 5.2 eine angemessene Frist bestimmen, in welcher der Besteller Zug um Zug gegen die Ablieferung bzw. Leistungserbringung des Auftragnehmers nach seiner Wahl seine Leistungsverpflichtung aus dem Vertrag zu erfüllen oder Sicherheit zu leisten hat. Nach erfolgreichem Ablauf der Frist kann der Auftragnehmer vom Vertrag zurücktreten.
- 6. Lieferzeiten und Liefermodalitäten**
- 6.1** Die Fristen und Termine für die Erbringung der Lieferungen (im Folgenden "Lieferzeiten") ergeben sich aus der Auftragsbestätigung des Auftragnehmers und beginnen frühestens mit dem Zugang der Auftragsbestätigung beim Besteller zu laufen. Die Lieferzeiten sind eingehalten, wenn innerhalb der vereinbarten Lieferfrist oder dem vereinbarten Liefertermin die Ware zur Übergabe, das abzunehmende Werk zur Abnahme oder die Leistung zur Ausführung bereit und eine entsprechende Mitteilung an den Besteller ergangen ist.
- 6.2** Soweit vertraglich nicht anders vereinbart, erfolgen sämtliche Lieferungen DAP (INCOTERMS® 2010). Etwaige Transportschäden hat der Besteller dem Auftragnehmer sowie dem anliefernden Spediteur unverzüglich nach Erhalt der Lieferung schriftlich anzuzeigen.
- 6.3** Fälle höherer Gewalt berechtigen den Auftragnehmer, die Lieferzeit entsprechend der Dauer des Ereignisses hinauszuschieben. Wird dem Auftragnehmer die Einhaltung der Lieferzeit infolge der höheren Gewalt dauerhaft, mindestens aber für einen Zeitraum von sechs Monaten unmöglich, wird der Auftragnehmer von der Pflicht zur Erfüllung der betroffenen Lieferungen frei. Unter den Begriff der höheren Gewalt fallen alle Umstände, welche der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat und durch die dem Auftragnehmer die Erbringung der Lieferung wirtschaftlich oder rechtlich unmöglich gemacht oder unzumutbar erschwert wird, wie z.B. Arbeitskämpfe (insbesondere Streik, rechtmäßige Aussperrung), Bürgerkrieg, Terrorakte, Unruhen, Naturkatastrophen, behördliche Maßnahmen (z.B. Einfuhr-, Ausfuhrverbote), Energie- und Rohstoffmangel und vom Auftragnehmer nicht zu vertretende, nicht rechtzeitige Selbstbelieferung. Im Falle nicht rechtzeitiger Selbstbelieferung hat der Auftragnehmer den Besteller unverzüglich zu informieren und von ihm erhaltene Gegenleistungen in angemessenem Umfang unverzüglich zu erstatten. Wird der Auftragnehmer von der Pflicht zur Erfüllung der von der höheren Gewalt betroffenen Lieferungen frei, ist

der Besteller berechtigt, insoweit vom Vertrag zurückzutreten.

- 6.4** Die Verpflichtung zur Einhaltung der vorgesehenen Lieferzeiten durch den Auftragnehmer setzt die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erfüllung aller vertraglichen Mitwirkungspflichten durch den Besteller auf dessen Kosten, d.h. insbesondere die Beibringung aller erforderlichen Unterlagen, Genehmigungen und Freigaben in Bezug auf die Lieferungen sowie die Beistellung der zur Ablieferung erforderlichen Räumlichkeiten, Bau- und Bedarfs-, Roh- und Hilfsstoffe, Werkzeuge, Fach- und Hilfskräfte, Energie-, Wasser-, Licht- und Wärmeversorgung, sonstigen Anschlüsse sowie Schutzkleidung und Schutzvorrichtungen voraus. Kommt es aus der Sphäre des Bestellers zu Verzögerungen bei der Erfüllung der ihn treffenden Mitwirkungspflichten, verschieben sich die Lieferzeiten für den Auftragnehmer angemessen zumindest um die Dauer der Verzögerung.
- 6.5** Wird die Lieferzeit auf Wunsch des Bestellers über den vereinbarten Liefertermin hinausgeschoben, berechnet der Auftragnehmer dem Besteller ab Ablauf der ursprünglichen Lieferzeit die anfallenden Lagerkosten, bei Lagerung im Werk des Auftragnehmers 0,5 % des Gesamtrechnungsbetrages für jede angefangene Woche der Lagerung. Dem Besteller bleibt unbenommen, den Nachweis zu führen, dass dem Auftragnehmer infolge der Lagerung ein geringerer oder kein Kostenaufwand entstanden ist.
- 6.6** Gerät der Auftragnehmer mit den Lieferungen in Verzug, kann der Besteller Schadensersatz in Höhe von 0,2 % der auf die verspätete Ablieferung/Erbringung entfallenden Netto-Vergütung für jede vollendete Woche verspäteter Ablieferung/Erbringung, maximal jedoch 5 % des rückständigen Teils der Lieferungen und/oder Leistungen verlangen, wenn nicht der Auftragnehmer nachweist, dass dem Besteller ein geringerer oder kein Schaden entstanden ist. Eine weitergehende Haftung des Auftragnehmers wegen Verzuges ist vorbehaltlich der Bestimmungen in Ziffer 13 ausgeschlossen.
- 7. Gefahrübergang**
- 7.1** Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung geht auf den Besteller über, wenn die Lieferungen am benannten Bestimmungsort, entladebereit zur Verfügung gestellt wurden.
- 7.2** Verzögert sich der Versand der Lieferungen aus Gründen, die der Besteller zu vertreten hat, oder kommt der Besteller aus sonstigen Gründen in Annahmeverzug, so geht die Gefahr mit Beginn der Verzögerung auf den Besteller über. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Liefergegenstände unter Abschluss einer Versicherung gegen Lagerrisiken auf Kosten des Bestellers einzulagern.
- 7.3** Die vorstehenden Regelungen gelten nicht, sofern eine Preisstellung vereinbart wird, für welche die INCOTERMS® 2010 einschließlich der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Ergänzungen eine andere Regelung des Gefahrübergangs vorsehen.
- 7.4** Kommt der Besteller mit der Annahme der Lieferungen in Verzug oder gibt er die Liefergegenstände unberechtigter Weise zurück, kann der Auftragnehmer nach fruchtlosem Ablauf einer dem Besteller gesetz-

ten Frist zur Annahme Schadensersatz verlangen. Dieser beträgt 20 % der Nettovertragssumme, wenn nicht der Auftragnehmer einen höheren oder der Besteller einen geringeren bzw. das Vorliegen keines Schadens auf Seiten des Auftragnehmers nachweist.

8. Aufstellung und Montage

Für die Aufstellung und Montage gelten, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, folgende Bestimmungen:

- 8.1** Der Besteller hat auf seine Kosten zu übernehmen und rechtzeitig bereit zu stellen:
- zusätzlich zu den in Ziffer 6.4 genannten Verpflichtungen an der Montagestelle genügend große, geeignete, trockene und verschließbare Räume für die Aufbewahrung von Apparaturen, Materialien, Werkzeugen, usw. und für das Montagepersonal angemessene Arbeits- und Aufenthaltsräume einschließlich den Umständen angemessener sanitärer Anlagen; im Übrigen hat der Besteller zum Schutz der Wirtschaftsgüter des Auftragnehmers und des Montagepersonals auf der Montagestelle die Maßnahmen zu treffen, die er zum Schutz eigener Wirtschaftsgüter treffen würde;
 - Schutzkleidung und Schutzvorrichtungen, die infolge besonderer Umstände der Montagestelle erforderlich sind.
 - Vor Beginn der Montagearbeiten hat der Besteller die erforderlichen Angaben über die Lage auch verdeckt geführter Strom-, Gas-, Wasserleitungen oder ähnlicher Anlagen sowie die erforderlichen statischen Angaben unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.
 - Vor Beginn der Aufstellung oder Montage müssen sich die für die Aufnahme der Arbeiten erforderlichen Beistellungen und Gegenstände an der Montagestelle befinden und alle Vorarbeiten vor Beginn des Aufbaues soweit fortgeschritten sein, dass die Montage vereinbarungsgemäß begonnen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden kann. Anfahrwege und Montagestelle müssen geebnet und geräumt sein.
- 8.2** Verzögern sich Montage und Inbetriebnahme durch nicht vom Auftragnehmer zu vertretende Umstände, so hat der Besteller in angemessenem Umfang die Kosten für Wartezeiten und zusätzlich erforderliche Reisen von Mitarbeitern des Auftragnehmers und beauftragten Erfüllungsgehilfen zu tragen.
- 8.3** Der Besteller hat dem Auftragnehmer wöchentlich die Dauer der Arbeitszeit des Montagepersonals sowie die Beendigung der Montage oder Inbetriebnahme unverzüglich zu bescheinigen.
- 8.4** Verlangt der Auftragnehmer nach Fertigstellung die Abnahme der Lieferungen, so hat sie der Besteller innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen. Der Abnahme steht es gleich, wenn der Besteller die Zweiwochenfrist verstreichen lässt oder wenn die Lieferungen – gegebenenfalls nach Ablauf einer vereinbarten Testphase – in Gebrauch genommen worden sind.
- 9. Beistellungen des Bestellers**
- Alle zur Durchführung des Vertrages notwendigen Beistellungen und Mitwirkungspflichten werden vom Besteller auf eigene Kosten rechtzeitig und mangelfrei erbracht.

10. Eigentumsvorbehalt

Bis zur Erfüllung sämtlicher Forderungen, die dem Auftragnehmer aus der gesamten Geschäftsverbindung mit dem Besteller zustehen, behält sich der Auftragnehmer die folgenden Sicherheiten vor, die nach Wahl vom Auftragnehmer anteilig freigegeben werden, sobald ihr realisierbarer Wert die Forderung gegenüber dem Besteller nachhaltig um mehr als 20% übersteigt. Bei laufender Rechnung dienen die Sicherheiten zur Sicherung der Saldenforderung.

- 10.1** Die Lieferungen bleiben bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum des Auftragnehmers, sofern nichts anderes vereinbart ist. Der Besteller ist nicht berechtigt, die Lieferungen zu verpfänden oder zur Sicherung zu übereignen. Erwirbt ein Dritter gleichwohl Rechte an den Lieferungen, so tritt der Besteller schon jetzt seine sämtlichen hierdurch entstehenden Rechte an den Auftragnehmer ab. Der Auftragnehmer nimmt die Abtretung an. Der Besteller ist verpflichtet, den Auftragnehmer unverzüglich zu benachrichtigen, falls hinsichtlich der Lieferungen eine Pfändung, eine Beschlagnahme oder eine sonstige Verfügung seitens eines Dritten erfolgt ist.
- 10.2** Der Besteller ist verpflichtet, die unter Eigentumsvorbehalt stehenden Lieferungen pfleglich zu behandeln und ordnungsgemäß zu warten. Insbesondere ist er verpflichtet, diese auf eigene Kosten gegen Feuer- und Wasserschäden, Beschädigung, Diebstahl und Zerstörung zum Neuwert zu versichern. Der Besteller tritt schon jetzt sämtliche Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag an den Auftragnehmer ab. Der Auftragnehmer nimmt diese Abtretung an. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Vorlage von Nachweisen über das Bestehen des Versicherungsschutzes zu verlangen.
- 10.3** Der Besteller ist berechtigt, die seitens des Auftragnehmers erbrachten Lieferungen im Rahmen des ordnungsgemäßen Geschäftsverkehrs weiter zu veräußern. Für diesen Fall tritt der Besteller bereits jetzt sämtliche Forderungen aus der Weiterveräußerung dieser Lieferungen an den Auftragnehmer ab. Der Auftragnehmer nimmt die Abtretung an. Die Abtretung gilt jedoch nur in Höhe des Betrages, der dem vom Auftragnehmer in Rechnung gestellten Wert der weiterveräußerten Lieferungen entspricht. Der an den Auftragnehmer abgetretene Forderungsanteil hat den Vorrang vor der übrigen Forderung.
- 10.4** Solange der Besteller seine Vertragspflichten gegenüber dem Auftragnehmer ordnungsgemäß erfüllt, ist er berechtigt, die zur Sicherheit an den Auftragnehmer abgetretenen Forderungen einzuziehen. Auf Verlangen des Auftragnehmers hat der Besteller den Eigentumsvorbehalt gegenüber dem Dritterwerber offenzulegen und sämtliche zur Geltendmachung der Ansprüche des Auftragnehmers erforderlichen Unterlagen auszuhändigen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Alle Kosten der Forderungseinziehung durch den Auftragnehmer und etwaiger Interventionen trägt der Besteller.
- 10.5** Kommt der Besteller mit seiner Zahlungspflicht ganz oder teilweise in Verzug, liegt eine Überschuldung oder Zahlungseinstellung vor oder ist Insolvenzantrag gestellt oder hätte ein Insolvenzantrag gestellt werden müssen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, von

dem Vertrag zurückzutreten und sämtliche noch unter Eigentumsvorbehalt stehenden Lieferungen heraus zu verlangen und sofort an sich zu nehmen. Ebenso kann der Auftragnehmer die weiteren Rechte aus dem Eigentumsvorbehalt sofort geltend machen; dasselbe gilt bei einer sonstigen wesentlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Bestellers. Der Besteller gewährt dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten während der Geschäftsstunden Zutritt zu seinen sämtlichen Geschäftsräumen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Lieferungen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu verwerten und sich unter Anrechnung auf die offenen Ansprüche aus deren Erlös zu befriedigen. Etwaige Zurückbehaltungsrechte des Bestellers sind ausdrücklich ausgeschlossen.

- 10.6** Verarbeitet der Besteller die Lieferungen, bildet er sie um oder verbindet er sie mit anderen Gegenständen, so erfolgt die Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung für den Auftragnehmer. Der Auftragnehmer wird unmittelbar Eigentümer des durch die Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung hergestellten Gegenstandes. Sollte dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, so sind sich der Auftragnehmer und der Besteller darüber einig, dass der Auftragnehmer in jedem Zeitpunkt der Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung Eigentümer des neuen Gegenstandes wird. Der Besteller verwahrt den neuen Gegenstand für den Auftragnehmer mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns. Der durch Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung entstandene Gegenstand gilt als Vorbehaltsware.
- 10.7** Ist der Eigentumsvorbehalt nach dem Recht des Bestimmungslandes in der vorstehenden Form nicht wirksam, so hat der Besteller bei der Begründung eines den Bestimmungen seines Landes entsprechenden Sicherungsrechts für den Auftragnehmer mitzuwirken.

11. Rechte des Bestellers bei Mängeln

- 11.1** Zur Feststellung etwaiger Mängel hat der Besteller die Lieferungen unverzüglich nach Ablieferung zu untersuchen und, wenn sich ein offensichtlicher Mangel zeigt, diesen dem Auftragnehmer binnen zwei Wochen schriftlich anzuzeigen. Nicht offensichtliche Mängel der Lieferungen hat der Besteller dem Auftragnehmer unverzüglich, spätestens binnen eines Jahres ab Ablieferung anzuzeigen. Versäumt der Besteller die vorgenannten Ausschlussfristen, gelten die Lieferungen als genehmigt mit der Folge, dass der Besteller seine Mängelrechte nach Ziffern 11.2 und 11.4 verliert.
- 11.2** Erweisen sich die Lieferungen infolge eines vor dem Gefahrübergang liegenden Umstandes als mangelhaft, kann der Besteller Nacherfüllung, d.h. nach Wahl des Auftragnehmers die Beseitigung des Mangels oder die Lieferung einer mangelfreien Sache verlangen. Hierfür ist dem Auftragnehmer eine angemessene Frist zu gewähren.
- 11.3** Der Auftragnehmer kann die Nacherfüllung davon abhängig machen, dass der Besteller einen unter Berücksichtigung des Mangels angemessenen Teil der Vergütung bezahlt. Der Auftragnehmer kann die Nacherfüllung verweigern, wenn sie nur mit unverhältnismäßigen Kosten möglich ist.

- 11.4** Schlägt eine Nachbesserung durch den Auftragnehmer zweimal fehl, verweigert der Auftragnehmer die Nacherfüllung oder erbringt der Auftragnehmer die Nacherfüllung nicht innerhalb einer vom Besteller gesetzten angemessenen Frist, kann der Besteller den Kaufpreis mindern oder vom Vertrag zurücktreten und Ersatz vergeblicher Aufwendungen oder Schadenersatz anstatt der Leistung verlangen. Die Rechte des Bestellers zum Rücktritt und auf Schadenersatz anstatt der Leistung sind ausgeschlossen, wenn der Mangel der Sache nur unerheblich ist.
- 11.5** Dem Besteller stehen keine Rechte wegen Mängeln zu, die z.B. durch eine fehlerhafte Lagerung, Bedienung, Wartung oder übermäßige Beanspruchung des Vertragsgegenstandes, durch den Einsatz ungeeigneter Betriebsmittel, Bauarbeiten und Baugründe oder unsachgemäße Veränderungen, Instandsetzungsarbeiten und die Verletzung von Plomben an den Lieferungen oder sonst durch die Verletzung vertraglicher Vorgaben und Produktvorschriften seitens des Bestellers oder Dritter verursacht wurden.
- 11.6** Die Ansprüche des Bestellers wegen Mängeln der Lieferungen verjähren ein Jahr nach der Ablieferung der Sache. Diese Frist gilt nicht, soweit das Gesetz bei Mängeln an Bauwerken und Baumängeln längere Fristen vorschreibt sowie bei Vorsatz, arglistigem Verschweigen oder Nichteinhaltung einer Beschaffenheitsgarantie.
- 11.7** Die Rechte des Bestellers bei mangelhaften Leistungen verjähren in sechs Monaten nach Leistungserbringung. Etwaige Schadenersatzansprüche richten sich nach Ziffer 13. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Regelungen.
- 11.8** Sofern nicht anders vereinbart, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Lieferungen lediglich im Land des Lieferortes frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten (im Folgenden: "Schutzrechte") zu erbringen. Sofern ein Dritter gegen den Besteller berechnete Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten durch die Lieferungen erhebt, haftet der Auftragnehmer innerhalb der in Ziffer 11.6 genannten Frist auf seine Kosten für die Beseitigung dieses Rechtsmangels durch Herbeiführung eines Zustandes, der die Schutzrechte nicht mehr verletzt. Hierfür ist dem Auftragnehmer eine angemessene Frist zu gewähren. Ist dies dem Auftragnehmer zu angemessenen Bedingungen nicht möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.
- Etwaige Schadenersatzansprüche richten sich nach Ziffer 13.
- Eine Haftung nach Ziffer 11.8 besteht jedoch nur, soweit der Besteller den Auftragnehmer über solche Ansprüche unverzüglich schriftlich informiert, diese nicht anerkennt und dem Auftragnehmer alle Abwehrmaßnahmen und Verhandlungen vorbehalten bleiben.
- Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten oder sie durch spezielle Vorgaben oder eine nicht vereinbarte oder eine außerhalb des bestimmungsgemäßen Gebrauchs liegenden Anwendung der Lieferungen oder dadurch verursacht hat, dass die Lieferungen vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Auftragnehmer gelieferten Produkten eingesetzt worden sind.
- 11.9** Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen der Ziffer 11 entsprechend.
- 11.10** Weitergehende oder andere als die in dieser Ziffer 11 geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Auftragnehmer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.
- 12. Entgegennahme**
- Der Besteller darf die Entgegennahme einschließlich Abnahme von Lieferungen wegen unerheblicher Mängel nicht verweigern.
- 13. Haftung**
- 13.1** Der Auftragnehmer haftet unbeschränkt für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.
- 13.2** Für einfache Fahrlässigkeit haftet der Auftragnehmer – außer im Falle der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit – nur, sofern wesentliche vertragliche Hauptpflichten verletzt werden und begrenzt auf dem vertragstypischen und vorhersehbaren Schaden. Wesentliche vertragliche Hauptpflichten sind solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Besteller regelmäßig vertraut und vertrauen darf.
- 13.3** Die Haftung nach Ziffer 13.2 ist begrenzt auf einen Betrag von höchstens 20 % des Netto-Vertragspreises, sofern dieser Euro 2.500.000,- nicht überschreitet, und darüber auf einen Betrag von höchstens Euro 500.000,-.
- 13.4** Eine Haftung für mittelbare und unvorhersehbare Schäden, Produktions- und Nutzungsausfall, entgangenen Gewinn, ausgebliebene Einsparungen und Vermögensschäden wegen Ansprüchen Dritter ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit – außer bei Vorliegen der Haftungsvoraussetzungen nach Ziffer 13.2 – ausgeschlossen.
- 13.5** Eine weitergehende Haftung als in diesen Allgemeinen Verkaufsbedingungen vorgesehen, ist – ohne Rücksicht auf die Rechtsnatur des geltend gemachten Anspruchs – ausgeschlossen.
- 13.6** Die Haftungsbeschränkungen bzw. -ausschlüsse gemäß Ziffern 13.2, 13.3, 13.4 und 13.5 gelten nicht für eine gesetzlich vorgeschriebene verschuldensunabhängige Haftung (z.B. nach dem Produkthaftungsgesetz) oder die Haftung aus einer verschuldensunabhängigen Garantie.
- 13.7** Soweit die Haftung des Auftragnehmers gemäß Ziffern 13.2, 13.3, 13.4 und 13.5 ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung ihrer Angestellten, Arbeitnehmer, Vertreter und Erfüllungsgehilfen.
- 14. Erfüllungsvorbehalt**
- 14.1** Die Vertragserfüllung steht unter dem Vorbehalt, dass keine Hindernisse aufgrund von deutschen, US-amerikanischen sowie sonstigen anwendbaren nationalen, EU- oder internationalen Vorschriften des Au-

ßenwirtschaftsrechts sowie keine Embargos oder sonstigen Sanktionen entgegenstehen.

14.2 Der Besteller ist verpflichtet, alle Informationen und Unterlagen beizubringen, die für die Ausfuhr, Verbringung bzw. Einfuhr der Lieferungen benötigt werden.

15. Schlussbestimmungen

15.1 Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftragnehmer und dem Besteller gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Bestimmungen des einheitlichen internationalen Kaufrechts (CISG).

15.2 Zahlungsverpflichtungen des Bestellers gelten erst mit Eingang der vollständigen Zahlung auf dem vom Auftragnehmer in der jeweiligen Rechnung benannten Konto als erfüllt.

15.3 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus der Geschäftsverbindung ist Ulm, Deutschland.

15.4 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages sowie Nebenabreden bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Abbedingung dieser Schriftformklausel.

15.5 Sollte eine der vorstehenden Bestimmungen unwirksam sein oder werden, bleibt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. An Stelle der unwirksamen Bestimmung werden die Parteien unverzüglich eine wirksame Regelung treffen, die den Allgemeinen Verkaufsbedingungen im Ganzen sowie den vertraglichen Absprachen in tatsächlicher, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht möglichst nahe kommt.

1. General provisions

- 1.1 The General Terms and Conditions of Sale set forth below apply to business persons, public law entities and special funds under public law ("ordering parties") for all deliveries and/or services (hereinafter respectively also referred to as "deliveries") of Airbus Secure Land Communications GmbH ("contractor") exclusively unless otherwise stated in the contractor's quotation or order confirmation.
- 1.2 General terms and conditions of the ordering party shall not be recognised unless the contractor has expressly consented to their validity. The General Terms and Conditions of Sale of the contractor shall also apply where the contractor makes the delivery without reservation, having knowledge of conflicting terms and conditions and/or terms and conditions which differ from these General Terms and Conditions of Sale.
- 1.3 Partial deliveries by the contractor shall be admissible if they are reasonable for the ordering party.
- 1.4 The ordering party shall have the non-exclusive right to use the deliveries according to their intended use for the purpose agreed under the contract. This shall also apply to software.

2. Conclusion of contract

- 2.1 Quotations by the contractor are subject to change and are requests to the contractor to place an order with the contractor.
- 2.2 An order by the ordering party shall be a binding offer which the contractor can accept within four weeks of receipt by written order confirmation. The contract shall be concluded upon receipt of this order confirmation by the ordering party.
- 2.3 The nature and scope of the deliveries to be provided by the contractor e.g. of the works to be manufactured and/or goods to be delivered and/or services to be provided shall be determined by the order confirmation and any technical specifications connected therewith.
- 2.4 Unless a different provision is concluded, the INCOTERMS® 2010 shall apply to the interpretation of commercial terms including the modifications valid at the time of concluding the contract.

3. Documentation

- 3.1 Documents provided to or made available to the ordering party by the contractor prior to conclusion of the contract such as illustrations, drawings, indications of weight and dimension, calculations etc. shall not be an integral part of the contract unless they are expressly included in the contract in the contractor's order confirmation. The contractor

reserves the right to make changes, also after that date, to the technical concept underlying the deliveries if this does not compromise the quality and requirement profile of the deliveries provided for under the contract.

- 3.2 All documents shall remain the sole property of the contractor, also if provided to the ordering party. They must be treated as confidential and may not be made available to third parties without the written consent of the contractor or be exploited by the ordering party for itself or for third parties and shall establish no further rights of use than intended for the purpose of the contract. They shall be returned to the contractor upon request.

4. Prices

- 4.1 The contractor's prices shall follow from the order confirmation pursuant to paragraph 2.2 and apply free domicile. They exclude value added tax which shall be added at the legally valid rate. Unless otherwise agreed, the ordering party shall bear, in addition to the agreed remuneration, all necessary ancillary costs such as travel costs and expenses at cost. This shall apply in particular if the contractor has undertaken to carry out the installation or assembly.
- 4.2 Unless otherwise agreed, paragraph 4.1 shall also apply to foreign deliveries.
- 4.3 Customs duties, consular fees and other taxes, levies, fees etc., imposed pursuant to foreign regulations and costs connected therewith shall be borne by the ordering party.
- 4.4 The contractor shall ensure compliance with foreign packaging, weighing and customs regulations. The ordering party shall be responsible for providing accurate and timely information in this respect in written form within the scope of its duties to cooperate. If the ordering party's failure to provide sufficient cooperation results in additional costs, these shall be borne by the ordering party.
- 4.5 If the period between conclusion of the contract and the deliveries is more than four months and during that time the contractor's cost factors for manufacturing and/or providing the deliveries increase (especially due to collective agreements, wage increases and increases in the price of materials), the contractor shall have the right to charge the increased prices resulting from this to the ordering party. The same shall apply if, irrespective of the four-month period, the contractor is not responsible for the postponement of the delivery date and the contractor's cost factors increase during this postponement.

4.6 If the order value with regard to infrastructure products is below EUR 250.00 resp. with regard to spare parts is below EUR 150.00, the ordering party shall pay an additional processing fee of EUR 50.00 for the respective order.

5. Payment terms

5.1 The ordering party shall make all payments in euro according to the payment terms specified in the respective invoice without any deduction.

5.2 Unless otherwise agreed pursuant to paragraph 2, the following maturities shall apply:

5.2.1 in the case of services:

- a) for recurring services such as hotline, preventive maintenance etc.:
after invoicing;
- b) for one-off services such as training, error-related inspection etc.:
after provision of the service.

5.2.2 in the case of deliveries:

- a) for transactions with an order value of up to EUR 50,000.-:
upon delivery;
- b) for transactions with an order value of more than EUR 50,000.- and a delivery period of up to 3 months:
1/3 of the order value upon conclusion of the contract, the remainder upon delivery;
- c) for transactions with an order value of more than EUR 50,000.- and a delivery period of more than 3 months:
30% of the order value upon conclusion of the contract,
30% of the order value after expiry of the first third of the agreed delivery period,
30% of the order value after expiry of the second third of the agreed delivery period,
10% of the order value upon delivery.
- d) If the deliveries include the installation or assembly of work and its acceptance, the above provisions a) - c) shall apply subject to the provision that acceptance shall take the place of delivery.

5.2.3 If the delivery is delayed for reasons for which the ordering party is responsible, the delivery shall be deemed made when notice is given that the goods are ready for shipment.

5.3 If it is not possible to transfer the payments from a country from which payment is to be made on the due date, the ordering party shall pay the equivalent of the amount owed in due time to a bank in that country which is acceptable to the contractor for the benefit of the contractor. If the ordering party has not paid the amount owed in euro and depreciation in the rate occurs by the time of transfer of the payments, the ordering party shall make a corresponding additional payment. Payment shall be made irrevocably to the foreign account.

5.4 Periods allowed for payment shall be deemed to be satisfied when the contractor has received the purchase price within the agreed period and the amount is at the contractor's disposal.

5.5 If the ordering party defaults in payment, the contractor shall have the right to request default interest p.a. of 9% points above the respectively valid base interest rate. The contractor shall furthermore have the right to request higher interest for other legal reasons and/or assert further damage.

5.6 The ordering party shall not have the right to set off counterclaims unless the counterclaims are undisputed or legally established.

5.7 If, after conclusion of the contract, a material deterioration in the ordering party's financial situation occurs or circumstances become known to the contractor, according to which the claim to the remuneration is at risk, the contractor shall have the right to refuse the fulfilment of its own performance obligations under the contract until the ordering party has fulfilled its obligations under that contract or has provided security for them.

5.8 The contractor can, subject to paragraph 5.2, determine a reasonable period, during which the ordering party must, concurrently against delivery resp. provision of service by the ordering party, at its option fulfil its performance obligation under the contract or provide security. After the period expires without result, the contractor can rescind the contract.

6. Delivery periods and delivery arrangements

6.1 The periods and dates for making deliveries (hereinafter referred to as "delivery periods") follow from the contractor's order confirmation and shall start to run at the earliest upon receipt of the order confirmation by the ordering party. Delivery periods shall be met if the goods are ready for handover, the purchasing works is ready to take delivery or the service is ready for execution within the agreed delivery period or the agreed delivery date and a corresponding notice has been issued to the ordering party.

6.2 Unless otherwise agreed in the contract, all deliveries shall be DAP (INCOTERMS® 2010). The ordering party shall notify the contractor and the delivering carrier of any transport damages immediately in writing after receipt of the delivery.

6.3 Events of force majeure shall entitle the contractor to postpone the delivery period for the duration of the event. If the contractor cannot comply with the delivery period due to force majeure on a permanent basis but at least for a period of six months, the contractor shall be released from the obligation to make the affected deliveries. The term force majeure shall include all circumstances, for which the contractor is not responsible and as a result of which it is economically or legally impossible or unreasonably difficult for the contractor to make the delivery such as industrial disputes (especially strikes, lawful lockouts), civil war, acts of terrorism, riots, natural disasters, official measures (e.g. prohibitions on imports, exports), energy shortages

and shortages of raw materials and non-availability of supplies and raw materials in due time, for which the contractor is not responsible. In the event of non-availability of supplies and raw materials in due time, the contractor shall notify the ordering party immediately and reimburse consideration received from the ordering party immediately to an appropriate extent. If the contractor is released from the obligation to make the deliveries affected by force majeure, the ordering party shall have the right in this respect to rescind the contract.

6.4 The obligation for the contractor to comply with the delivery periods provided for shall require the timely and due fulfilment of all contractual obligations to cooperate by the ordering party at its expense i.e. in particular the provision of all necessary documents, authorisations and approvals in relation to the deliveries and provision of the premises required for the delivery, building materials and necessary materials, raw materials and auxiliary materials, tools, specialised personnel and auxiliary staff, supply of energy, water, light and heat, other connections and protective clothing and protective devices. If delays, originating from the ordering party's side, occur in the fulfilment of the obligations to cooperate relating to the ordering party, the delivery periods shall be reasonably postponed at least for the duration of the delay.

6.5 If the delivery period is postponed beyond the agreed delivery date at the ordering party's request, the contractor shall charge the ordering party the storage costs incurred as of expiry of the original delivery period, in the case of storage at the contractor's works 0.5% of the total invoice amount for each week of storage or part thereof. The ordering party shall be free to provide proof that the contractor incurred less cost or no cost as a result of the storage.

6.6 If the contractor defaults in the deliveries, the ordering party can request damages of 0.2% of the net remuneration applicable to the late delivery/provision for each full week of late delivery/provision but at most a maximum of 5% of the overdue part of the deliveries and/or services unless the contractor proves that the ordering party has incurred less damage or no damage. Further liability of the contractor for default shall be excluded subject to the provisions in paragraph 13.

7. Passing of risk

7.1 The risk of accidental loss and accidental deterioration shall pass to the ordering party when the deliveries were made available ready for unloading at the specified place of destination.

7.2 If shipment of the deliveries is delayed for reasons, for which the ordering party is responsible, or the ordering party defaults in acceptance for other reasons, the risk shall pass to the ordering party upon commencement of the delay. The contractor shall have the right to store the delivery items, concluding an insurance against storage risks at the expense of the ordering party.

7.3 The above provisions shall not apply if pricing is agreed, for which the INCOTERMS[®] 2010 including

the modifications valid at the time the contract is concluded provide for a different provision with respect to the passing of risk.

7.4 If the ordering party defaults in acceptance of the deliveries or returns the delivery items without authorisation, the contractor can, after expiry of a period for acceptance set for the ordering party without result, request damages. These shall amount to 20% of the net contract value unless the contractor proves that damage is higher resp. the ordering party proves that damage is lower resp. that no damage exists for the contractor.

8. Installation and assembly

Unless otherwise agreed in writing, the following provisions shall apply to installation and assembly:

8.1 The ordering party shall bear the costs for and provide in due time:

- a) in addition to the obligations stated in paragraph 6.4 sufficiently large, suitable, dry and lockable premises for storing apparatuses, materials, tools etc. and suitable work and recreation rooms for assembly personnel including sanitary facilities appropriate to the circumstances at the assembly site; furthermore, the ordering party shall take measures to protect the property of the contractor and assembly personnel at the assembly site which the contractor would take to protect its own property;
- b) protective clothing and protective devices which are required as a result of special conditions at the assembly site;
- c) before assembly work begins, the ordering party shall make available, without being asked to do so, the necessary information concerning the site, also concealed power cables, gas and water pipes or similar installations and the required data on statics;
- d) before installation or assembly begins, the materials and items required for work to start must be located at the assembly site and all preliminary work must have progressed before construction can begin so that the assembly can begin as agreed and carried out without interruption. Access routes and assembly site must be levelled and cleared.

8.2 If assembly and start-up are delayed by circumstances, for which the contractor is not responsible, the ordering party shall to a reasonable extent bear the costs for waiting times and travel additionally required for the contractor's employees and vicarious agents engaged.

8.3 Each week, the ordering party shall confirm the duration of the working time of the assembly personnel and the end of assembly or start-up immediately to the contractor.

8.4 If the contractor requests the acceptance of the deliveries after completion, the ordering party shall carry this out within two weeks. Acceptance shall be deemed effected if the ordering party allows the two-week period to elapse or if the deliveries, where applicable after expiry of the agreed test phase, have been put into use.

9. Materials provided by the ordering party

All materials necessary to carry out the contract shall be provided and obligations to cooperate fulfilled by the ordering party at its own expense in due time and free of defects.

10. Retention of title

Until all claims are fulfilled, to which the contractor is entitled under the entire business connection, the contractor shall reserve the following securities which shall be released at the contractor's option proportionately as soon as their realisable value exceeds the claim against the ordering party at a permanent level by more than 20%. In the case of current accounts, the securities serve to secure the outstanding balance.

10.1 The contractor shall retain title to the deliveries until they are paid in full unless otherwise agreed. The ordering party shall not have the right to pledge the deliveries or pledge them as security. If a third party nevertheless acquires rights to the deliveries, the ordering party now already assigns all its rights resulting therefrom to the contractor. The contractor accepts the assignment. The ordering party shall be obliged to notify the contractor immediately if attachment, seizure or other disposition by a third party has occurred with respect to the deliveries.

10.2 The ordering party shall be obliged to handle the deliveries subject to retention of title carefully and to maintain them properly. The ordering party shall be obliged in particular to insure them at its own expense against fire loss and water damage, damage, theft and destruction at replacement value. The ordering party already now assigns all claims arising from the insurance policy to the contractor. The contractor accepts this assignment. The contractor shall have the right to request the presentation of proof concerning the existence of insurance cover.

10.3 The ordering party shall have the right to resell the deliveries provided by the contractor in the ordinary course of business. In such case, the ordering party herewith already assigns all claims arising from the resale of such deliveries to the contractor. The contractor accepts the assignment. The assignment shall, however, apply only in the amount corresponding to the value of the resold deliveries invoiced by the contractor. The portion of the claim assigned to the contractor shall take precedence over the remaining claim.

10.4 As long as the ordering party duly fulfils its contractual obligations towards the contractor, the ordering party shall have the right to collect the claims assigned to the contractor for security. At the contractor's request, the ordering party shall disclose the retention of title to the third-party purchaser and deliver all documents required to assert the contractor's claims and provide the required information. The ordering party shall bear all costs for collecting the claim incurred by the contractor and any intervention.

10.5 If the ordering party defaults in its payment obligation in whole or in part, is indebted or has suspended payments or filed for insolvency or should have filed for insolvency, the contractor shall have the right to rescind the contract and request that all deliveries still subject to retention of title be returned and to take possession of them immediately. The contractor can also immediately assert further rights arising from retention of title. This shall also apply in the event of other significant deterioration in the ordering party's economic situation. The ordering party shall grant the contractor or its authorised representative access to all its business premises during business hours. The contractor shall have the right to exploit the deliveries according to prudent commercial judgment and to satisfy itself by offsetting against the outstanding claims from the proceeds. Any rights of retention of the ordering party shall be expressly excluded.

10.6 If the ordering party processes the deliveries, transforms them or combines them with other items, they shall be processed, transformed or combined for the contractor. The contractor shall become directly the owner of the item produced by processing, transformation or combination. If this is not possible for legal reasons, the contractor and ordering party agree that the contractor shall become the owner of the new item at any time during its processing, transformation or combination. The ordering party shall keep the new item for the contractor with the due diligence of prudent commercial judgment. The item resulting from processing, transformation or combination shall be deemed goods subject to retention of title.

10.7 If retention of title is not valid according to the law of the country of destination in the above form, the ordering party shall cooperate in the establishment of a security interest for the contractor in compliance with the provisions of its country.

11. Ordering party's rights in the event of defects

11.1 In order to establish any defects, the ordering party shall inspect the deliveries immediately after delivery and, if there is an obvious defect, shall notify the contractor of this in writing within two weeks. The ordering party shall notify the contractor of any non-obvious defects of the deliveries which without undue delay, at the latest within one year from delivery. If the ordering party fails to comply with the above preclusive periods, the deliveries shall be deemed approved, as a result of which the ordering party shall lose its rights arising from defects according to paragraphs 11.2 and 11.4.

11.2 If the deliveries prove to be defective as a result of a circumstance prior to the passing of risk, the ordering party can request supplementary performance i.e. at the contractor's option remedy of the defect or delivery of an item free of defects. The contractor must be granted a reasonable period for this.

11.3 The contractor can make supplementary performance dependent on the ordering party paying a reasonable part of the remuneration, taking into account the defect. The contractor can refuse

supplementary performance if it is only possible at unreasonable expense.

11.4 If rectification by the contractor fails twice, the contractor refuses supplementary performance or the contractor fails to deliver supplementary performance within a reasonable period set by the ordering party, the ordering party can reduce the purchase price or rescind the contract and request compensation for wasted expenditure or damages in lieu of performance. The ordering party shall have no rights to rescind the contract and to damages in lieu of performance if the defect in the item is minor.

11.5 The ordering party shall not be entitled to any rights due to defects which were caused e.g. by incorrect storage, operation, maintenance or excessive use of the contractual item, by use of unsuitable operating materials, building works and building ground or improperly performed modifications, corrective maintenance work and breaking seals on the deliveries or otherwise by violation of contractual requirements and product regulations by the ordering party or third parties.

11.6 Claims of the ordering party due to defects in the deliveries shall become statute barred one year after delivery of the item. This period shall not apply if the law prescribes longer periods for defects to buildings and building defects and in the case of intent, fraudulent concealment or failure to comply with a guarantee of quality.

11.7 The ordering party's rights in the case of defective deliveries shall become statute barred six months after provision of performance. Any damages shall be determined according to paragraph 13. Otherwise statutory provisions shall apply.

11.8 Unless otherwise agreed, the contractor shall be obliged to make the deliveries only in the country of the place of delivery, free of industrial property rights and copyrights (hereinafter referred to as: "property rights"). If a third party makes justified claims against the ordering party for infringement of property rights by the deliveries, the contractor shall be liable to remedy this defect of title at its expense within the period stated in paragraph 11.6 by bringing about a condition which no longer infringes the property rights. The contractor must be granted a reasonable period for this. If this is not possible for the contractor subject to reasonable conditions, the ordering party shall be entitled to statutory rights of rescission or reduction.

Any damage claims shall be determined according to paragraph 13.

Liability according to paragraph 11.8 shall, however, exist only if the ordering party notifies the contractor of such claims immediately in writing, does not recognise them and all defensive measures and negotiations are reserved for the contractor.

The ordering party's claims shall be excluded if the ordering party is responsible for infringing the property rights or has caused this by special specifications or an application which has not been agreed or is outside the intended use or by the fact that the deliveries have been changed by the

ordering party or used together with products which have not been supplied by the contractor.

11.9 If other defects of title exist, the provisions of paragraph 11 shall accordingly apply.

11.10 Further claims or claims of the ordering party other than the claims stipulated in this Art. 11 against the contractor and its vicarious agents for a defect in title shall be excluded.

12. Receipt

The ordering party may not refuse receipt including acceptance of deliveries due to minor defects.

13. Liability

13.1 The contractor shall be fully liable for intent and gross negligence.

13.2 The contractor shall be liable for ordinary negligence, except in the case of injury to life, limb or health, only if material primary contractual obligations are violated and limited to foreseeable damage which is typical for the contract. Material primary contractual obligations are obligations, the fulfilment of which makes the due performance of the contract possible at all in the first place, and where the ordering party regularly relies on and may rely on compliance with such obligations.

13.3 Liability according to paragraph 13.2 shall be limited to an amount of at most 20% of the net contract price unless this exceeds EUR 2,500,000.- and over this to an amount of at most EUR 500,000.-.

13.4 Liability for indirect and unforeseeable damages, loss of production and use, lost profit, unrealised savings and financial losses due to third-party claims shall be excluded in the case of ordinary negligence, except where the conditions of liability according to paragraph 13.2 exist.

13.5 Liability other than that stipulated in these General Terms and Conditions of Sale shall be excluded without regard to the legal nature of the asserted claim.

13.6 Exclusion resp. limitation of liability according to paragraphs 13.2, 13.3, 13.4 und 13.5 shall not apply to no-fault liability prescribed by law (e.g. according to the *Produkthaftungsgesetz* [German Product Liability Act]) or liability arising from a no-fault guarantee.

13.7 If the contractor's liability pursuant to paragraphs 13.2, 13.3, 13.4 and 13.5 is excluded or limited, this shall also apply to the personal liability of its employees, workers, representatives and vicarious agents.

14. Performance reservation

14.1 Performance of the contract shall be subject to the proviso that there are no obstacles pursuant to German, US American and other applicable national, EU or international regulations of foreign trade legislation and no embargos or other sanctions.

14.2 The ordering party shall be obliged to provide all information and documents required for the export, transfer resp. import of the deliveries.

15. Final provisions

15.1 All legal relationships between the contractor and the ordering party shall be governed exclusively by the law of the Federal Republic of Germany, to the exclusion of the Uniform Law on the International Sale of Goods (CISG).

15.2 The ordering party's payment obligations shall be deemed fulfilled only upon receipt of the full payment on the account specified by the contractor on the respective invoice.

15.3 Disputes arising from the business connection shall be settled exclusively before a competent court in Ulm, Germany.

15.4 Amendments to and modifications of these General Terms and Conditions and collateral agreements shall only be valid when given in writing. This shall also apply to the waiver of this written form clause.

15.5 If any of the foregoing provisions are or shall become invalid, this shall not affect the validity of the other provisions. In place of an invalid provision, the parties shall immediately agree on a valid provision which corresponds as closely as possible to the General Terms and Conditions of Sale as a whole and the contractual agreements from a factual, legal and economic point of view.